

Gesundheitsgesetz: Darum geht es

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Abstimmungsvorlage im Juni.

Daniela Deck

Was ist der Inhalt der Abstimmungsvorlage am 18. Juni?

Wer in der Gesundheitsbranche ambulant tätig sein und mit der Krankenkasse abrechnen will, braucht eine Bewilligung. Zudem: Damit nicht zu viele Fachärzte mit der Krankenkasse abrechnen, soll der Kanton bei Bedarf die Zulassung beschränken können. National- und Ständerat haben beschlossen, diese zwei Aufgaben den Kantonen zu übertragen. Dafür muss das Gesundheitsgesetz angepasst werden. Das neue Bewilligungsmodell betrifft 13 Berufsfelder. Zum Beispiel: Physiotherapeuten, Hebammen, Ernährungsberaterinnen und Chiropraktiker.

Der Zulassungsstopp hingegen betrifft ausschliesslich Fachärztinnen und -ärzte. Allfällige Zulassungsbeschränkungen sind Sache des Regierungsrats. Mit der Gesetzesänderung wird geregelt, wer für welche Aufgabe zuständig ist. Das Departement des Innern, genauer gesagt das Gesundheitsamt, wird für das Zulassungsverfahren und die Aufsicht verantwortlich sein. Im Departement wird mit einem administrativen Mehraufwand von anderthalb Vollzeitstellen gerechnet. Diese sollen im Rahmen des Globalbudgets 2024-26 beantragt werden.

Warum braucht es die Abstimmung?

Im Kantonsrat hat die Vorlage das nötige Zweidrittelmehr

verfehlt (mit 55 zu 29 Stimmen bei 10 Enthaltungen). Damit untersteht die Gesetzesänderung dem obligatorischen Referendum. Ohne die Zustimmung des Stimmvolks gibt es für die Vorgabe des Bundes keine gesetzliche Grundlage für die Umsetzung.

Bisher war die Zulassung ambulanter Leistungserbringer im Gesundheitswesen durch eine Übergangsbestimmung geregelt. Diese wurde mehrfach verlängert und läuft Ende Juni aus.

Was hat es mit dem Ärzte-stopp auf sich?

Der Kanton ist verpflichtet, präventiv in mindestens einem Facharztgebiet eine Höchstzahl festzulegen. Droht tatsächlich

eine Überversorgung, kann der Regierungsrat eine Höchstzahl und/oder einen sofortigen Zulassungsstopp verfügen. Vor einer entsprechenden Verordnung muss die Regierung zwingend die Verbände der Gesundheitsberufe sowie die Krankenkassenverbände und die Verbände der Versicherten anhören.

Ausserdem braucht es vor dem Erlass eine Koordination mit den umliegenden Kantonen. Aufgrund der Geografie des Kantons Solothurn findet ein wesentlicher Teil der Patientenströme über die Kantongrenzen hinweg statt.

Bei der Zulassungsbeschränkung verzichten die gesetzlichen Bestimmungen auf inhaltliche Präzisierungen.

Dank der offenen Formulierung soll der Regierungsrat flexibel auf die Bedürfnisse der einzelnen Regionen reagieren können.

Was bedeutet die Abstimmung für die Hausärzte und Hausärztinnen?

Im Kanton Solothurn gibt es einen Mangel an Hausarztpraxen, keinen Überfluss. Deshalb sind die Hausärzte derzeit nicht betroffen von der Vorlage. Das dürfte sich in den nächsten Jahren nicht ändern. Grundsätzlich ist die Ärztedichte im Kanton tiefer als im landesweiten Durchschnitt. Besonders ländliche Gebiete haben Mühe, genügend Hausärzte zu finden, um die Bevölkerung zu versorgen.

Was geschieht, wenn die Vorlage abgelehnt wird?

Dem Kanton fehlen die Bestimmungen, um Leistungserbringer im Gesundheitsbereich zuzulassen und zu beaufsichtigen. Ausserdem können keine Massnahmen gegen ein mögliches Überangebot getroffen werden. Eine Ärzteschwemme würde die ohnehin steigenden Krankenkassenprämien weiter anheizen.

Im Kantonsrat waren die hauptsächlichsten Kritikpunkte die grundsätzliche Ablehnung des neuen Modells sowie der administrative Mehraufwand. Für manche Kantonsräte war die Zulassungsbeschränkung zu wenig konkret geregelt. Zudem gab es die Befürchtung, die Hausärzte könnten sich desavouiert fühlen.

Kluft zwischen Wirtschaft und Bevölkerung wächst

Kantonsräte Thomas Marbet und Simon Michel debattierten zur Ethik in der Wirtschaft.

Domlnik Bloch

Bei Abstimmungen steht die Schweizer Wirtschaft oft im Gegenwind. Das Stimmvolk schiebt immer wieder Vorlagen wie jene zur Abschaffung der Stempelsteuer bachab. Wie lässt sich diese Kluft wieder schliessen? Diese und weitere Grundsatfragen zur Schweizer Wirtschaft wurden am Montagabend am Liberethica-Podium diskutiert. An der Diskussionsrunde im Kino Capitol in Olten nahmen Simon Michel, FDP-Kantonsrat und Ypsomed-CEO, sowie Thomas Marbet, SP-Kantonsrat und Oltner Stadtpräsident, teil.

Banken für unethisches Handeln anfällig

Das neuste Beispiel für die Entfremdung der Bevölkerung und der Wirtschaft sieht Moderatorin Béatrice Acklin Zimmermann in der Rettung der Credit Suisse. Diese habe in der Bevölkerung viel Unmut gestiftet. «Wie seht ihr dies?», wollte sie wissen.

«Ich habe mich sehr geärgert», betonte Marbet. Den studierten Ökonomen beschäftigt vor allem der Reputationsverlust des Schweizer Finanzsektors. Aber auch der Wertverlust der Aktien: «Dies trifft auch viele Kleinaktionäre.» Dem fügt Michel bei, dass er die UBS nach der Fusion nicht als «Monsterkonzern» sieht: «Dies macht die Bank gerade global konkurrenzfähig.»

Nach der Übernahme durch die UBS habe es laut Acklin vor allem in politisch linken Kreisen geheissen, dass die CS kein Einzelfall sei. Auch Marbet sieht das Problem eher bei den Institutionen, die sich wegen der grossen Kapitalmenge und den oftmals grenzüberschreitenden Transaktionen nur schwer überwatchen liessen. «Die Anreize auf Profit und Prämien sind falsch angesetzt», so Marbet. Michel hingegen sieht die Ver-



Wie viel Ethik verträgt die Wirtschaft? Ypsomed-CEO Simon Michel (l.) und der Oltner Stadtpräsident Thomas Marbet sprachen darüber mit Béatrice Acklin Zimmermann. Bild: Bruno Kissling

waltungsräte der CS in der Verantwortung.

«FDP ist zu akademisch»

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion mussten sich die beiden Politiker, die im Herbst in den Nationalrat gewählt werden wollen, kritischen Fragen von Acklin stellen. Sie fragte zuerst, wie die Wirtschaft wieder das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen könne.

Der FDP-Politiker forderte, dass wieder mehr Unternehmerinnen und Unternehmer in die Politik zurückkehren. «Es braucht Expertinnen und Experten in den politischen Gremien.» Weiter müsse die Sprache der Wirtschaft wieder einfacher werden.

«Denn hier ist die FDP zu akademisch.»

Danach wechselte Acklin zum Medizintechnik-Unternehmen Ypsomed, das im Sommer die Produktionsstätte in China ausbaut. Deshalb wollte die Moderatorin wissen: «Wie soll die Wirtschaft mit totalitären Staaten wie China umgehen?» «Ich bin davon überzeugt, dass man nur Einfluss hat, wenn man auch am Tisch sitzt», so Michel.

SP ist stark, wenn nur die Reichen profitieren

Doch auch wenn in den Lieferketten auf die Einhaltung der Menschenrechte geachtet werde, sei eine vollständige Kontrolle unmöglich. Er gab zu bedenken: «Mienen liegen grösstenteils

in Ländern mit totalitären Regimen. Wo kommen die Materialien sonst her?»

Im Anschluss musste sich Marbet kritische Fragen zur Wirtschaftsfeindlichkeit der SP stellen. «Lieber Lobby der Menschen als Lobby der Konzerne: mit diesem Ausschnitt aus dem Wahlprogramm konfrontierte Acklin den Oltner Stadtpräsidenten. «Manchmal muss man auch innerhalb der Partei aufklären, wo der Wohlstand herkommt», konterte Marbet. Jedoch sieht er die Stärke der SP eher bei Fragen bezüglich grossen Kapitals: «Hier ist die SP stark, wenn sie der Bevölkerung aufzeigen kann, dass nur Reiche profitieren.»

Und er merkte zum Wahlprogramm an: «Bei der SP hat

aktuell die Empörung der Minderheiten Konjunktur. Jedoch betreffen die Ängste in der Bevölkerung zurzeit das Einkommen, Betreuung und die Rente nach der Pension.» Und auch die Europa-Frage vermisse er gänzlich.

Welche sozialen Aufgaben eine Firma übernehmen müsse, fragte Acklin die beiden Politiker schliesslich. «Eine Firma muss sich im Tätigkeitsbereich ökologisch, ökonomisch und sozial weiterentwickeln. Anderes ist eher Greenwashing», so Marbet. Weitere Aktionen wie LGBTQ-Vereine sieht Michel hingegen als Teil des «War for Talents»: «Wir haben einen Arbeitnehmermarkt und wollen möglichst attraktiv sein.»

Vier Millionen für diverse Projekte

Fördergelder Hinter der neuen Regionalpolitik steckt ein Programm von Bund und Kantonen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit von strukturschwachen Regionen zu stärken. Vor allem geht es darum, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Für die Umsetzung sind die Kantone zuständig.

Das nächste Programm startet 2024 und dauert bis 2027. Schwerpunkte sollen in der Industrie, dem Gewerbe, dem Dienstleistungssektor und insbesondere im Tourismus gesetzt werden. Noch stärker als beim Vorgängerprogramm (2020 bis 2023) sollen die Themen Digitalisierung und nachhaltige Entwicklung gewichtet werden.

Neu ist zudem auch, dass sich der Kanton künftig an einem regionalen Innovationssystem beteiligen soll. Das Ziel ist es, mit koordinierten Unterstützungsangeboten und Dienstleistungen die Innovationskraft von KMU und Start-ups zu stärken.

Ob es Fördermittel aufgrund der geografischen Lage gibt, wird alle vier Jahre entschieden. Der Kanton Solothurn kommt fast gänzlich in den Genuss dieser Unterstützung: Sämtliche Bezirke südlich des Juras sowie die Gemeinden Beinwil, Erschwil und Grindel befinden sich im Förderperimeter. Der Rest des Schwarzbundeslandes allerdings nicht. Der Kanton will nun beim Staatssekretariat für Wirtschaft beantragen, das gesamte Schwarzbundland in den Förderperimeter aufzunehmen.

Alles in allem stehen für die Projekte vier Millionen Franken zur Verfügung, zwei Millionen vom Kanton und zwei vom Bund. Mit diesem Geld würden zwei Drittel der Kosten von konkreten Projekten übernommen werden, der verantwortliche Betrieb oder Verein müsste nur noch einen Drittel selbst stemmen.

Übrigens: Das Budget des aktuell noch laufenden Programms wurde bisher nicht ausgeschöpft. (fka)